

**DIE
REVO-
LUTION
IST
FÄLLIG**

Albrecht
Müller

Aber sie ist verboten

WESTEND

WESTEND

ALBRECHT MÜLLER

Die Revolution ist fällig

Aber sie ist verboten

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



1. Auflage 2020
ISBN: 978-3-86489-307-0
© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2020
Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin
Satz: Publikations Atelier, Dreieich
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany

Inhalt

I. Einführung	7
II. Das Zeitalter der Restauration.	
Wo man hinschaut – Rückschritt	13
1. Der »Höhenflug der Ungleichheit«	17
Zwischenruf: Die Zäsur von 1980	25
2. Die Staatsgewalt geht vom Großen Geld aus	30
3. Die großen Finanzkonzerne beherrschen die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen	38
4. Die großen Finanzkonzerne bestimmen wichtige politische Entscheidungen	42
5. Monopole und Oligopole	48
6. Drohungen, Kriminalität, delegiert und ausgelagert	51
Zwischenruf: Abrechnung mit der Ideologie des Neoliberalismus	54
7. Spekulationen gehören ins Casino	59
8. Kriege sind der Ernstfall. Ein wirklicher Rückfall	64
9. Vasall der USA	76
10. Die Verunsicherung der Jugend	85
11. Die Parteien sind am Ende, sie werden ihrer wichtigsten Aufgabe nicht gerecht	88
12. Unterwanderung und Einflussagenten	101

13. Korruption bewegt die Welt	107
14. Mieser Umgang der Politik mit den Menschen. Die neue Corona-Erfahrung	112
15. Wir haben eure Wohnungen verkloppt	115
16. Die Würde des Menschen ist unantastbar – und millionenfach verletzt	117
17. Wandel der Natur und Umwelt	120
18. Die EU ist kaputt	121
Zwischenruf: Uns gehts doch gut	128
19. Werden unsere Medien ihrer Aufgabe gerecht?	131
III. Der Kampf der Etablierten gegen die aufkeimende Kritik	138
IV. Machen wir uns auf einen langen Weg zu einer Neuen Gesellschaft	149
Wie soll es weitergehen? Nur ein Stück Hoffnung	180
Anmerkungen	183

I.

Einführung

Von außen betrachtet haben wir eine schöne Demokratie. Formal gesehen gibt es die Chance zum politischen Wechsel. Es finden Wahlen statt. Von außen betrachtet werden wir gut regiert und es geht uns gut.

Tatsächlich stimmt der schöne Satz unseres Grundgesetzes, alle Gewalt gehe vom Volk aus, seit Langem nicht mehr. Tatsächlich gibt es hierzulande statt Fortschritt Rückschritt. Restauration!

Die immer ungerechter werdende Verteilung der Einkommen und Vermögen hat dazu geführt, dass einige das Sagen haben. Die Reichen und die Starken setzen sich durch, bestimmen Wirtschaft und Gesellschaft. Weltweit, in den USA sowieso, bei uns, in Frankreich, in Großbritannien, in Brasilien, in Indien, in Chile, in Saudi-Arabien. Überall.

Die großen Finanzgruppen beherrschen das Wirtschaftsgeschehen und bestimmen die Regeln unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Weltweit.

Obwohl immer wieder behauptet wird, wir hätten eine Marktwirtschaft und der Wettbewerb müsse geschützt werden, haben wir es inzwischen in zentralen Bereichen mit Monopolen zu tun: mit Microsoft, mit Amazon, mit Facebook, mit marktbeherrschenden Wohnungsgesellschaften.

Unsere Parteien sind demokratische Institutionen? Sie sind dank Grundgesetz beauftragt, an der Willensbildung mitzu-

wirken. Doch wir müssen feststellen, dass heute kaum noch Menschen in die Parteien gehen, um dort etwas zu gestalten, um die Welt zu verbessern. Karrieristen bestimmen das Geschehen. Unsere Parteien sind durchsetzt von Lobbyisten. Unsere Parteien sind durchsetzt von Einflussagenten.

Und unsere Medien? Hochkonzentriert. Regionale Monopole und Oligopole. Kaputter umgedrehter öffentlich-rechtlicher Rundfunk – mit Ausnahmen. Miserabler kommerzieller Rundfunk. Auf Anpassung ans konservative Milieu getrimmte Redaktionen.

Das hat Folgen für die Programmatik, die in dieser unserer Demokratie noch eine Chance hat: Krieg mehr als Frieden. Verneigung vor den Interessen der USA, Vasall statt Unabhängigkeit. Die Wahrnehmung großer Interessen mehr als soziale Gerechtigkeit und Sozialstaatlichkeit. Privatisierung mehr als Gemeineigentum. Deregulierung mehr als gute Regeln, Laufenlassen mehr als vernünftige Social-Technique. Die neo-liberale Ideologie und Praxis beherrschen auch unser Land. Mit gelegentlichen kleinen Variationen.

Das war in der Bundesrepublik Deutschland einmal anders. Ganz am Anfang, kurz nach 1945, und nach einer restaurativen Phase im Kalten Krieg der 1950er-Jahre gab es in den 60ern und 70ern einen wirklichen Schwung aufwärts. Dann folgte der Siegeszug der neoliberalen Bewegung. Und abwärts ging's rund um das Jahr 1980. Diesen Niedergang, diesen Bruch, hat der französische Ökonom Thomas Piketty am Beispiel der Vermögens- und Einkommensverteilung beschrieben. Ich habe diesen Umschwung als Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt zwischen 1973 und 1982 praktisch miterlebt. Die Beobachtungen und Analysen anderer wie auch meine eigenen Erfahrungen werden in den folgenden Text eingehen. Ich blicke inzwischen auf 70 Jahre politischen Engagements und auf lange Jahre praktischer politischer Arbeit zurück.

Mein politisches Engagement begann 1950 mit dem Widerstand gegen die Wiederbewaffnung und 1952 in der Auseinandersetzung mit meinem damaligen Mathematiklehrer, der von Nazi-Deutschland und von Panzerschlachten schwärmte. Später folgte die praktische Erfahrung als Redenschreiber des Bundeswirtschaftsministers Professor Dr. Karl Schiller, als Wahlkampfmanager Willy Brandts, als Planungschef im Bundeskanzleramt bei Brandt und Helmut Schmidt, als Bundestagsabgeordneter und Herausgeber der NachDenkSeiten.

In vielen Feldern der Politik und des Zusammenlebens konnten wir ein Auf und später leider auch ein Ab beobachten. Die Abwärtsbewegung kann man ziemlich genau bestimmen: Im Umfeld des Jahres 1980 wurden progressive Ansätze, humane, soziale Ansätze des menschlichen Zusammenlebens gestoppt. Das geschah nahezu überall. Zeitversetzter Rückschritt, Restauration. In der Außen- und Sicherheitspolitik gab's damals noch Fortschritte. Das kippte kurz nach dem Höhepunkt im Jahr 1990. Mit diesem neuen Buch komme ich auf den früher formulierten Gedanken zurück: Wir waren schon einmal weiter.

Jetzt ist in allen Feldern Restauration angesagt. Was das heißt, werde ich an einigen Beispielen beschreiben. Und weil ich persönlich als Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt die Zäsur erlebte, ohne sie damals zwischen 1973 und 1982 gleich richtig einordnen zu können, kann ich die Beobachtung der grundlegenden Veränderungen auch mit persönlichen Erfahrungen und Erlebnissen bereichern.

Restauration ist angesagt, Rückschritte gibt es zuhauf. Wie auf demokratische Weise dieser Trend gestoppt und umgekehrt werden soll, erschließt sich nicht einfach so.

Die Revolution ist überfällig. Aber wie soll das gehen? Sie ist verboten. Das Grundgesetz sieht so etwas nicht vor. In der Praxis werden gegebenenfalls eher die Köpfe der Revolutionäre als die der Reaktionäre rollen. Das deutet sich in der Härte

der Auseinandersetzung der etablierten Politik und Medien mit den kritischen Medien im Internet an. Wer den Kopf hebt, wird niedergemacht, diffamiert und schnell als Verschwörungstheoretiker oder Antisemit stigmatisiert. Die Konterrevolution hat Fantasie.

Gibt es einen Ausweg? Ja, die Vermögen neu verteilen. Aber genau dies wird mit gewalttätigem Widerstand beantwortet werden. Was bleibt dann noch? Die notwendigen großen Veränderungen vorbereiten. Durchdenken. Durchkneten. Formulieren. Vorarbeiten für eine Neue Gesellschaft. Ansonsten: Überleben. Unter Freundinnen und Freunden. Sich mehr als bisher zusammentun.

Das ist keine großartige Perspektive. Dennoch besser als nichts.

Die Rezensentinnen und Rezensenten meines Buches werden vermutlich zumindest zwei Einwände erheben:

Erstens werden sie mir vorwerfen, das Buch sei nostalgisch. Früher sei alles besser gewesen, sei der Grundton. Mit diesem Vorwurf muss ich leben. Wenn die neoliberale Ideologie die praktische Politik bestimmt, dann kann ich nichts dafür. Wenn ich darauf hinweisen muss, dass Sozialstaatlichkeit und Solidarität für die Menschen besser sind als Egoismus und Ellenbogen, kann ich nichts dafür. Wenn militärische Interventionen zum Alltag werden, dann kann ich nichts dafür. Wenn man darauf hinweisen muss, dass die Entspannungspolitik, der Abbau der Konfrontation in Europa und die Idee der gemeinsamen Sicherheit auch mit Russland angenehmer, zukunftsweisender und schöner waren, dann kann ich nichts dafür. Dass Nostalgie heute angesagt ist, liegt nicht am Autor.

Zweitens wird darauf hingewiesen werden, dass es uns doch gut gehe und dass wir gut regiert würden. Offensichtlich ist unser Volk aber zweigeteilt. Da ist zum einen wohl eine Mehr-

heit, die die Lage und die Politik gut findet. Dieser Eindruck wird aktuell zusätzlich gespeist von der Bewunderung und dem Vertrauen in die Bewältigung der Corona-Pandemie. Zum anderen gibt es den Kreis jener vielen Menschen, denen es wirklich schlecht geht wie den Alten, die ihre Rente mit Putzen und mit dem Sammeln von Flaschen aufbessern müssen. Außerdem gibt es jene kritischen Beobachter, die wissen, dass es stinkt, egal wo man hinschaut. Die katastrophal schlechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und Chancen sehen, die die Restauration, die Rückschritte bemerken, die die Kriege und das Kriegeleid noch wahrnehmen und bemerkt haben, dass der 1990 erreichte Frieden in Europa mutwillig zerstört wird und neuerdings wieder Militär die Politik ersetzt. Dass die Einsicht in diese wahren Verhältnisse einer Minderheit vorbehalten ist, ist nicht die Schuld dieser Minderheit.

Es gibt viele, die sich auf der Sonnenseite wähnen, obwohl ihr Einkommen und ihr Vermögen, verglichen mit dem der Reichen und immer reicher werdenden Personen, sehr klein ist und obwohl manche von ihnen später vor Altersarmut stehen werden, ihre Kinder und Enkel in unsicheren Arbeitsverhältnissen stecken und mehr soziale Sicherheit bräuchten. Diese Fehleinschätzung hat viel mit Propaganda zu tun. Diese wird immer geschickter gemacht und führt dazu, dass sich Mehrheiten auch dann um die Regierenden und Bestimmenden scharen, wenn es sachlich dafür keine Gründe gibt.

Auch diese Menschen möchte ich mit diesem Buch erreichen. Es soll helfen, die Augen zu öffnen. Ihnen will ich zeigen, dass der Einzug der neoliberalen Ideologie und Praxis keine Erfolgsgeschichte, sondern schon jetzt und auf Dauer gefährlich ist.

Das Buch und der Autor werden, wie es heute üblich ist, vermutlich der Stigmatisierung mit dem Etikett Verschwörungstheorie ausgesetzt werden. Für diesen billigen Versuch der

Abwertung gibt es eine Reihe von Ansatzpunkten in meinem Text. Darauf will ich ausdrücklich hinweisen. Es gibt zum Beispiel eine Verschwörung der Superwohlhabenden gegen den Rest. Das wird beschrieben. Es gibt Unterwanderung bei Parteien und Medien. Es gibt zum Beispiel eine mörderische Abhängigkeit vieler Völker vom Imperium USA. Darüber nicht zu schreiben und die Befreiung aus den Fängen dieser imperialen Nation nicht zu fordern, wäre sträflich nachlässig. Es gibt den Anspruch und die Aktionen zum Regime Change – merkt denn niemand, dass dies mit Demokratie nichts zu tun hat? Es gibt die Fortsetzung der Politik mit militärischen Interventionen und mit kriminellen Akten. Dies nicht zu sehen, ist schlicht dumm. Aber alles zu sehen, lädt dazu ein, etikettiert zu werden, eben als Verschwörungstheoretiker abgetan und niedergemacht zu werden. Wer solche Gegenkampagnen glauben und akzeptieren will, tut gut daran, gar nicht erst mit dem Lesen dieses Buches zu beginnen.

II.

Das Zeitalter der Restauration. Wo man hinschaut – Rückschritt

An verschiedenen Beispielen, an großen und an kleineren, wird gezeigt, wie desolat die Lage ist und was anders gemacht werden müsste. Zu den großen Rückschritten zählen beispielsweise

- die dramatisch wachsende Ungleichheit,
- Kriege als Fortsetzung der Politik,
- die neue Feindschaft mit Russland und China und die damit verbundenen Kriegsgefahren,
- die gefährliche Abhängigkeit von den USA und der Rüstungswirtschaft,
- der Einfluss der wirtschaftlich Starken und Vermögenden auf die Politik
- und der auch deshalb eingetretene Ruin der Demokratie,
- die freimütige Nutzung von Steueroasen,
- die Herrschaft der neoliberalen Ideologie und die Abwertung von Solidarität, Sozialstaatlichkeit und staatlicher Tätigkeit insgesamt,
- die Zerstörung unserer Parteien,
- der selbstverständlich gewordene Einsatz von Einflussagenten,
- Korruption,
- die mangelnde Qualität der politischen Entscheidungen,
- die traurige Rolle der Medien,

- der labile unattraktive Zustand der EU und der neue Nationalismus ...

Vermutlich wird manchen Leserinnen und Lesern diese Beschreibung viel zu düster erscheinen. Tut mir leid, dass ich daran nichts ändern kann. Vermutlich kann man die kritische Betrachtung des jetzigen Zustandes nur dann gut verstehen, wenn man auch die besseren Zeiten kennt, aus eigener Erfahrung oder aufgrund von Recherchen. Ein paar Belege dafür:

Wenn man den Kalten Krieg und die beginnende Entspannungspolitik erlebt hat, wenn man noch im Ohr hat, wie der erste deutsche Bundeskanzler hämisch und abwertend von den »Soffjets« sprach und ein anderer ein paar Jahre später sagte: »Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein«¹; und wenn man dann erlebt hat, dass dieses Versprechen 1989 und 1990 Früchte getragen hat, dass sich alle Völker in Europa auf friedlichen Umgang miteinander verständigt haben, sich gegenseitig versprochen haben, sich auf Zusammenarbeit und gemeinsame Sicherheit zu verständigen, dann kann man einschätzen, was es bedeutet, dass heute wieder Konfrontation herrscht, einschließlich Bedrohungen, Aufrüstung und Abschreckung. Statt »Soffjets« sagen die Propagandisten des Feindbildaufbaus heute »aber der Putin«.

Wenn man erlebt hat, wie sich Politiker darum bemüht haben, eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zustande zu bringen und diese noch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) weiterzuentwickeln, dann begreift man leichter, was die heute platzgegriffene De-facto-Aushöhlung dieser Einrichtungen bedeutet.

Ein weiteres Beispiel aus einem ganz anderen Feld der Politik und des gesellschaftlichen Zusammenlebens: Wenn man erlebt hat, dass ein deutscher Bundeskanzler sich darüber